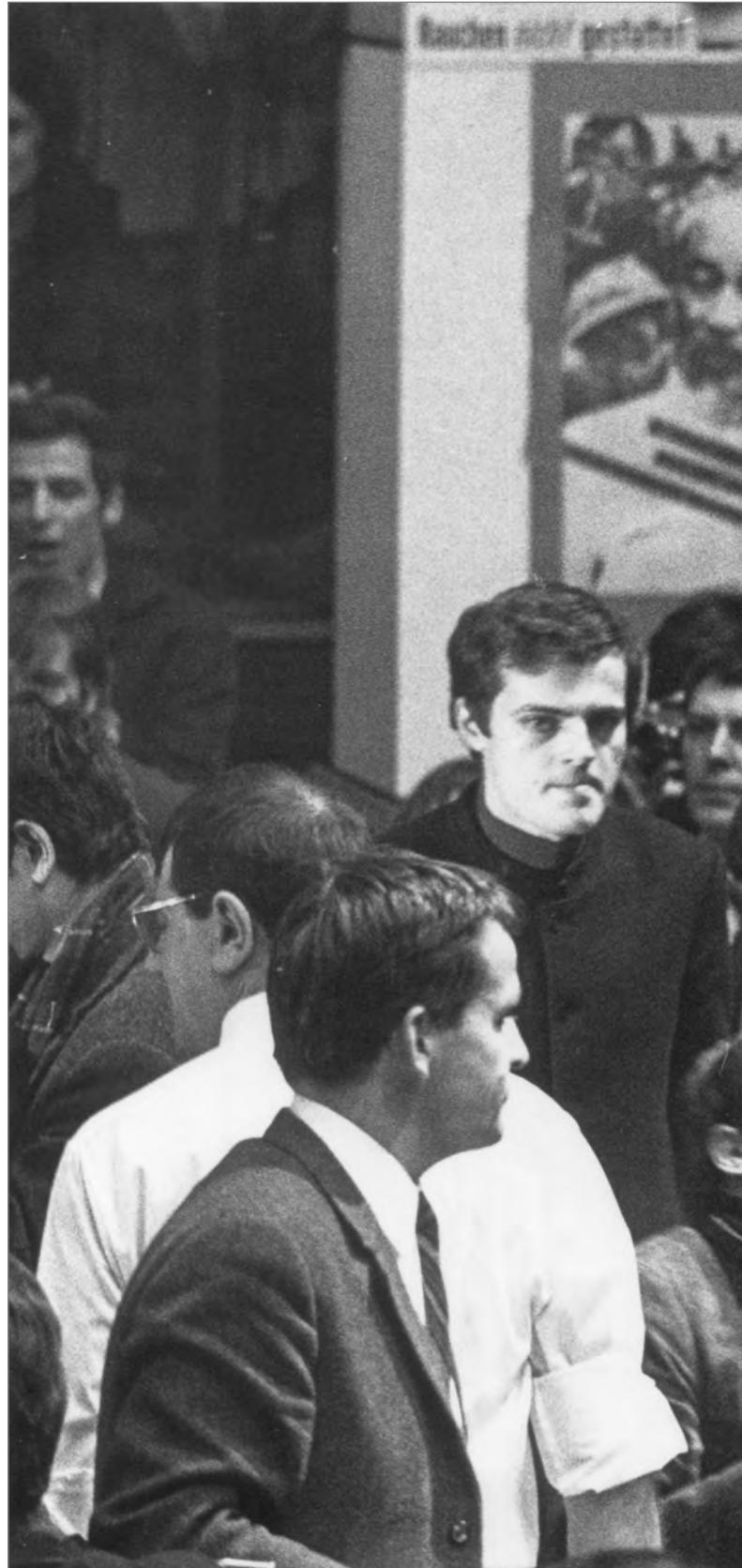


10 „Unter den Talaren...“ Hochschulgründung in Zeiten des Studentenprotestes

Als Teil einer internationalen Studentenbewegung, die sich insbesondere gegen den Vietnamkrieg und die Unterstützung autoritärer Regime in der Dritten Welt richtete, entwickelte sich in Deutschland seit 1965 von Berlin aus eine studentische Protestbewegung, die zunächst eine Reform der Hochschule forderte, bald aber zu einer Studentenrevolte gegen die etablierte Wertewelt der westdeutschen Gesellschaft heranwuchs. Im Gegensatz zu den größeren Universitätsstädten in Deutschland verlief der studentische Protest in Bielefeld nur vereinzelt und relativ schwach. Zwar gab es mit der Pädagogischen Hochschule, der Werkkunstschule und der Staatlichen Ingenieurschule in Bielefeld mehrere universitätsähnliche Einrichtungen, deren Studierende u.a. bei der Grundsteinlegung der Bielefelder Universität 1968 gegen die Bildungspolitik der Landesregierung demonstrierten, ein ausgeprägtes universitäres Milieu fehlte vor Gründung und Etablierung der Universität jedoch.

Während Helmut Schelsky der Assistenten-schaft in seiner Konzeption zu recht eine gewichtigere Rolle zumaß, suchte er das Gespräch mit den Studenten kaum. Lediglich als Reflex auf die Studentenbewegung und um Proteste der Studierenden gegen die mitunter als „Eliteuniversität“ titulierte Bielefelder Universitätsgründung zu verhindern, boten Helmut Schelsky und die Universitätsplaner den Studierenden Mitwirkungsmöglichkeiten in den Gründungsgremien der Universität an. Nach einer kurzen Phase des stärkeren Engagements der vom Verband deutscher Studentenschaften (vds) nominierten studentischen Vertreter traten diese jedoch aus den Gründungsgremien zurück. In der „heißen Phase“ der Studentenproteste waren dabei konzeptionelle Differenzen, aber auch die unangemessene Repräsentation und das fehlende formale Mitspracherecht die Ursachen für diesen Schritt. Trotz des Austritts verstanden die Studenten den Entwurf der Universität Bielefeld als positiven Versuch die Gleichberechtigung der Forschung neben der Lehre und ihre Vorrangigkeit gegenüber der Verwaltung wiederherzustellen. ■



Am 17. und 18. Februar 1968 fand an der Berliner Technischen Universität der Vietnamkongress und die nachfolgende Demonstration statt, an der über 10.000 Studenten teilnahmen. Rudi Dutschke, der bekannteste Wortführer der Studentenbewegung, rief zur massenhaften Desertion amerikanischer Soldaten auf.

Foto: Landesarchiv Berlin/ Siegmann, Horst (F Rep. 290).



Frankfurter Rundschau

Wetter: Heiler
Heiler und trocken, nur in Süddeutschland teilweise neblig. Tageshöchsttemperatur: 20 bis 23 Grad; Tiefsttemperatur: einige Grad über Null. Anzeichen: Zunehmende Erwärmung.

Unabhängige Tageszeitung

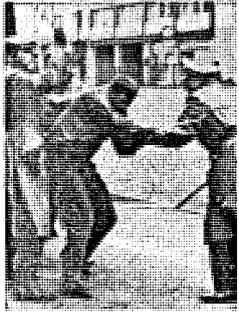


Ausgabe 2 D 2987 A
Dienstag, 16. April 1968 Jahrg. 24 Nr. 89

FR-Telefon 21991 Einzelpreis: DM 0,30

Wieder Straßenschlacht in Frankfurt

Polizei geht hart gegen Studenten vor / Demonstrationen auch in anderen Städten



Frankfurt: Prügel — auch auf die Demonstrationen in die Flucht geschlagen wird.

FRANKFURT A. M., 15. April (FR-Bericht). Tausende von Studenten und Angehörigen der außerparlamentarischen Opposition setzten am Ostermontag in der Bundesrepublik ihre Protestaktionen gegen den Mordanschlag auf den SDS-Ideologen

Abgesehen von Frankfurt a. M. verliefen die Demonstrationen am Ostermontag nicht mit der Heftigkeit wie an den Vortagen. In Frankfurt, München, Ellingen, Essen, Hannover und Hamburg hatten die Polizei-Maßnahmen getroffen und zum Teil mit Stöckeltrüppchen die Gebäude hermetisch abgeriegelt. In demnächstigen des Springer-Verlages gedruckt werden.

Frankfurt kam es im Bereich der Societäts-Druckerei und am Hauptbahnhof zu regelrechten Straßenschlachten, bei denen Trü-

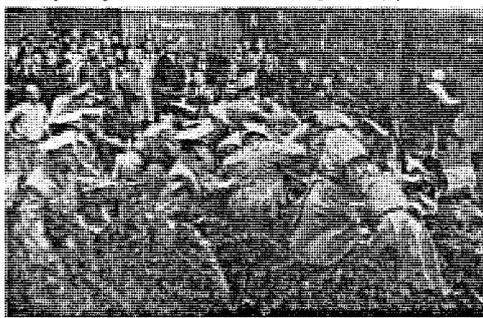
(Ausführliche Berichte über die Studenten-Unruhen im Inneren des Blattes)

nengas und Schlagstöcke eingesetzt wurden. Zahlreiche Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Mehrere Demonstranten wurden festgenommen.

Im Bereich der Societäts-Druckerei wurden die Demonstranten u. a. von heftigerer Polizei vertrieben. Nachgeben der Polizei auf den Tränengas-Einsatz vorbereitet war, sollen einzelne Studenten Tränengasbomben geworfen haben. Die Polizei habe erst

zu dem Schlagstock gegriffen, als einige der rund 5000 Demonstranten auf den Bahndamm an der Galluswarte Steine gelegt bzw. mit Steinen die Polizei beworfen hätten. Nach Augenzeugenberichten kam es zu schweren Prügeleien. So schlugen auf ein flüchtendes Mädchen gleichsam drei Polizisten ein.

Noch heftiger war die Reaktion der Polizei in der Gegend des Frankfurter Hauptbahnhofs, wohin die Demonstranten gezogen waren, um den Versand der „DWD-Zeitung“ zu verhindern. Tatsächlich wurde diese Zeitung jedoch über den Bahnhof höchst verladen. (Fortsetzung auf Seite 2, Spalten 4 und 5)



Frankfurt am Montagabend: Polizei prügelt sitzende Demonstranten.

Aufgebot für Basel

Bundesminister Schön gab in Frankfurt das Aufgebot für das Länderspiel gegen die Schweiz bekannt.
Das Aufgebot lautet: Torhüter: Maier (Bayern München), Wolter (Eintracht Braunschweig); Abwehrspieler: Heidemann (MSV Duisburg), Schütz (Frankfurter SV), Weber (1. FC Köln), Fichtel (Schalke 04), Volgas (Borussia Mönchengladbach); Mittelfeldspieler und Stürmer: Köppl (VfB Stuttgart), Gerwin (Eintracht Braunschweig), Beckenbauer (Bayern München), Neuberger (Borussia Dortmund), Netzer (Borussia Mönchengladbach), Seiler (Hamburger SV), Löhr (1. FC Köln), Laumen (Borussia Mönchengladbach) und Volkert (1. FC Nürnberg).

Großkundgebung in West-Berlin

Albertz: Wir haben Dutschke nötig / Dahrendorf fordert Reformen

BERLIN, 15. April (AP/dpa). Auf einer Kundgebung unter dem Motto „Macht einen neuen Anfang“ haben am Ostermontag in West-Berlin der ehemalige Regierende Bürgermeister Albertz (SPD) und der FDP-Politiker Prof. Dahrendorf zur Gewalltlosigkeit aufgefordert, gleichzeitig aber auch die Politik des Berliner Senats und der Bundesregierung sowie die Meinungsbildung durch den Springer-Konzern kritisiert. Albertz sagte vor etwa 5000 Zuhörern „Lasset die Stadt endlich wieder zu einer Stadt der Liberalität und Toleranz werden.“

Albertz, der im vergangenen Jahre im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz bei der Anti-Schab-Demonstration von seinem Amt zurückgetreten war, erinnerte in seiner Rede an die Terrorkundgebung vor dem Schlesener Rathaus. Die verarmte Prominenz auf den Bahnhöfen habe geschwiegen, als auf Plakaten „Dutschke tot“ gefordert worden sei. Albertz sagte: „Wir werden diesen Mann nicht haben — und auch gerade.“

well er vielen von uns unheimlich ist. Die Regierenden in Berlin seien „auf weiten Strecken unzulänglich gewesen.“
Mit dem Hinweis auf die politische Unruhe in der Bundesrepublik forderte der FDP-Politiker Prof. Dahrendorf unter anderem die den sofortigen Rücktritt des Bundespräsidenten. „Spätestens jetzt“, rief der Redner, sollte Linke diese überfällige Konsequenz ziehen. „Auf seine bescheidene Weise“ könne Lübke so den Weg zu einem neuen Anfang bieten. Die Verhältnisse in Ostberlin, Griechenland, Vietnam und Südkorea Stellung nehmen. (Fortsetzung auf Seite 2, Spalten 1 und 2)

Am Mittwoch tagt das Kabinett

Kanzler warnt die Studenten / Kritische Fragen Heinemanns

BONN/FRANKFURT A. M., 15. April (W/FR/dpa/WP/AP). Die Innenpolitische Lage in der Bundesrepublik und insbesondere die heftigen Demonstrationen nach dem Attentat auf den SDS-Funktionär Rudi Dutschke haben regale politische Aktivität und eine Fülle von Stellungnahmen ausgelöst. Am Mittwoch wird in Bonn das Bundeskabinett unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger zu einer Sitzung zusammenkommen, um über die Ursachen zu beraten. Am gleichen Tage wird auch der Innenausschuss des Deutschen Bundestages zu einer Sonderitzung zusammenkommen. Dagegen wird eine vom Bundesjustizminister angeregte Sonderitzung des Bundestages nicht zustande kommen. Der Vorschlag fand keine Unterstützung. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hasner, erklärte dazu, weder die Bundesregierung noch eine der Bundestagsfraktionen habe einen solchen Antrag gestellt.

Die Sonderitzung des Innenausschusses geht auf eine Anregung des Ausschuss-Vorsitzenden Schmitz-Vockenhausen (SPD) zurück. Bundestagspräsident Gerster erklärte die Sonderitzung bereits gerügt. Offiziell lasen 44 der einzige Tagesordnungspunkt der Sitzung, „Sitzungen der öffentlichen Ordnung“. Die stundenlangen Unruhen haben eine Reihe

von Politikern zu Stellungnahmen veranlaßt. So rief Bundesjustizminister Heinemann die Bevölkerung der Bundesrepublik zur Selbstbeherrschung auf. In einer Fernsehrede betonte Heinemann: „Nichts ist so sehr geboten wie Selbstbeherrschung.“ Der Justizminister unterstrich, jetzt müsse gefragt werden, was der einzelne dazu beitragen könne, daß sich der Antikommunismus bis zu einer solchen Gewalttätigkeit wie dem Attentat auf Rudi Dutschke steigern konnte. Außerdem müsse sich gefragt werden, ob die Aeltern vielleicht den Kontakt zu den Jüngeren verloren hätten. Die demonstrierenden Studenten mahnte Heinemann, Ausschreitungen hätten immer die gegenteilige Wirkung, die sie erzielen sollen.

Bundeskanzler Kiesinger, der seinen Osterurlaub auf Grund der Demonstrationen unterbrochen hatte, warnte die Studenten mit den Worten: „Wenn Sie aber fortfahren wie bisher, muß ich morgen die staatlichen Abwehrreaktionen verschärfen. Und dafür tragen dann die Betroffenen die Verantwortung.“ Der Bundeskanzler appellierte an die Mehrheit der rund 3000 Studenten in der Bundesrepublik, den radikalen Forderungen der Gefolgschaft zu versagen. Sonst sei zu befürchten, daß sich gefährliche Gegenaktionen aus der Bevölkerung entwickeln. (Fortsetzung auf Seite 2, Spalte 3)

Parteien und Politiker würdigen die Verdienste Prof. Nordhoffs

WOLFSBURG, 15. April (dpa/AP). Der Generaldirektor der Volkswagenwerk AG, Prof. Nordhoff, der am Freitag im Alter von 69 Jahren in Wolfsburg gestorben ist, wird am kommenden Donnerstag auf dem Waldfriedhof in Wolfsburg beigesetzt. Dies sollte das VW-Werk am Sonntag mit Nordhoff, der vor drei Wochen wegen schwerer Kreislaufstörungen ins Wolfsburg-Städtchen gebracht worden war, erlag den Folgen eines Herzinfarkts. Der Tod des Generaldirektors hat eine Welle von Beileidsbekundungen ausgelöst. Bundespräsident Lübke schickte Frau Nordhoff ein Telegramm. Die Verdienste des Verstorbenen um die Wirtschaft und speziell auch den Ausbau des Volkswagen-Werkes würdigten unter anderem Bundeswirtschaftsminister Schiller, die drei im Bundestag vertretenen Parteien sowie Vertreter der Länder des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der IG Metall und des Verbandes der Deutschen Automobilhersteller. (Siehe auch S. 12: „Ein Leben für den Volkswagen“)

Antwort an Ost-Berlin in Arbeit

Westalliierte wollen Durchreiseverbot für Bundesminister nicht hinnehmen

Drahtbericht unseres Korrespondenten Rolf Breitenstein

BONN, 15. April. Die drei Westalliierten wollen die Sperrung der Autobahn nach Berlin für Bundesminister und leitende Beamte der Bundesregierung durch die Behörden der DDR nicht hinnehmen. In ersten Erklärungen westalliierten Sprechern in Bonn heißt es, die Recht auf freien Zugang nach Berlin sei unteilbar und könne nicht für einen bestimmten Personkreis ausgeschlossen werden. In ähnlicher Weise hätten die drei Alliierten auf die DDR-Verfügung reagiert, mit der VDP-Mitgliedern die Durchreise verboten wurde.

Kennedy für Rückzug aus Vietnam

Friedenskontakte verzögern sich weiter / Befremden über Washington

FRANKFURT A. M., 15. April (W/PA/AP). Senator Robert Kennedy, Kandidat für die demokratische Präsidentschaftsnominierung, verurteilte die US-Truppen nachts nach Hause zu bringen und die Vietnamesen den Krieg allein austragen zu lassen, wenn er ins Weiße Haus gewählt wird. Seine Versprechungen gab Kennedy auf einer Wahlkampfveranstaltung in West-Virginia. Er sagte, das Geld und die Kraft, die die USA dann sparen könnten für „unsere Probleme hier im Innern“ eingesetzt werden.
Kennedys Mitbewerber um die Präsidentschaftskandidatur, Senator McCarthy, erklärte in Boston, die amerikanische Bevölkerung habe ihre Ansichten über die Anwesenheit von US-Soldaten in Vietnam geändert. Die Politik des Weißen Hauses sei jedoch die gleiche geblieben. Besonders pessimistisch stimme ihn

Bundesregierung will Südkoreaner-Affäre beraten

Strafe für Kompositist Isang Jun wurde gemildert — aber statt eines nun drei Todesurteile verhängt

SOUL/BERLIN, 15. April (dpa). Die Bundesregierung will sich in Kürze wiederum mit dem Schicksal der aus der Bundesrepublik entführten und in Südkorea verurteilten Südkoreaner befassen. Das versicherten Bonner Regierungskreise, nachdem das Berufungsgericht in der südkoreanischen Hauptstadt am Samstag in einer Verhandlung gegen 22 Angeklagte drei Todesurteile gefällt hat. Die Angeklagten werden beschuldigt, einem nordkoreanischen Spionagering angehört zu haben.
In Bonn wurde zwar begrüßt, daß die lebenslange Strafe für den Kompositisten Isang Jun in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt worden sei, wurde aber kritisiert, daß das Berufungsgericht den 39-jährigen Physiker Kim Mi Tsung, der an der Universität Frankfurt war, bestrafte und der 33-jährige alte Student Suk Hun, der in erster Instanz zehn

so belonte McCarthy, daß bisher nicht einmal Einigkeit über den Ort von Vorgehensrichtlinien Washington und Hanoi erzielt werden konnte.
Die bisherige Weigerung Washingtons, an den von Hanoi vorgeschlagenen Orten Pnom Penh oder Watschaj mit nordvietnamesischen Vertretern zusammenzutreffen, hatte am Osterwochenende nicht nur heftige Reaktionen in Ostberlin, sondern auch starkes Befremden in der westlichen Welt zur Folge.
Die sterblichen Überreste der in Vietnam erschossenen deutschen Ärzte trafen am Sonntag mit einem Leinwandbuket in Frankfurt a. M. ein und wurden anschließend in ihre Heimatorte übergeführt.
(Weitere Vietnam-Berichte auf Seite 4; siehe auch Lokale 1)

Vier Tote bei Zwischenfall in Korea

Soul/Washington, 15. April (AP/dpa/WP/AP). Ein Lastkraftwagen der UN-Streitkräfte in Korea ist am Sonntag 800 Meter südlich der Waffenstillstandslinie in einen Hinterhalt der Kommunisten geraten. Nach Mitteilung des UN-Oberkommandos wurden bei dem Zwischenfall zwei amerikanische und zwei südkoreanische Soldaten getötet und zwei weitere Amerikaner verwundet.

Wie aus dem Weißen Haus in Washington verlautet, ist US-Präsident Johnson am Montag nach Honolulu auf Hawaii geflohen, wo er am Mittwoch mit dem südkoreanischen Präsidenten Park Chung Hee zusammentrafen will.
An unsere Leser
Wir bitten um Verständnis dafür, falls in der Zustellung der frankfurter Rundschau Verzögerungen eintriften sollten, die die Demonstrationen in Frankfurt die Auslieferung am Hauptbahnhof zum Teil blockiert hatten. Daher ist es auch möglich, daß nicht alle Abonnenten ihre gewohnte Ausgabe erhalten.

Kurz gemeldet:

Kirchenpräsident Wehrenfennig gestorben
MÜNCHEN, 15. April (dpa). Der evangelische Bischof D. Erich Wehrenfennig ist in der Nacht zum Ostermontag in Rummelsberg bei Nürnberg mit 96 Jahren gestorben.
Lübke kondolierte zum Tode Stöckers
BONN, 15. April (dpa). Zum Tode des Mitberaters des „Westfälischen Rundschau“, Heinrich Stöcker, hat Bundespräsident Lübke persönlich telegrafisch sein Beileid ausgedrückt.
Leinwandfessler von Stapel gedeckelt
BATH, 15. April (UPI). Der neue deutsche Leinwandfessler „Möller“ wurde am Samstag auf der Bath-Iron-Works-Werft in Bath im US-Bundesstaat Maine vom Stapel gelassen.
Fünf Araber und ein Israeli starben
JERUSALEM, 15. April (UPI). Bei Zusammenstößen zwischen arabischen Partisanen und israelischen Soldaten sind in Israel über Ostern nach israelischer Darstellung fünf Araber und ein Israeli getötet worden. Sechs Araber und ein Israeli wurden verletzt.

6 aus 39; 22 24 26 32 34 35 — 38

LOTTO: 2 15 16 29 42 46 — 33
Olympia-Gewinnzahl: 7171

Presseberichterstattung über die Eskalation bei studentischen Demonstrationen in Frankfurt nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke.

Quelle: Frankfurter Rundschau, 18. April 1968.



Links: Demonstration von Studenten gegen den Vietnam-Krieg auf dem Berliner Kurfürstendamm am 18. Februar 1968.

Foto: Landesarchiv Berlin/Bert Sass.

Eine Universität – Zwei Ansichten Gegenüberstellung der Positionen des studentischen Vertreters im Gründungsausschuss Peter Müller und Helmut Schelskys zur Konzeption der Universität Bielefeld

Ansicht Müller zur „Machtideologie der Professoren“:

„Die Autonomie der wissenschaftlichen Hochschulen müsse ständig politisch vertreten und durchgesetzt werden. Um diese politischen Aufgaben wahrnehmen zu können, müsse das Rektorat einheitlich besetzt werden.“

„Das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sei so gestaltet, dass stets politische und gesellschaftliche Interessen an die Universität herangetragen würden und auf den verschiedensten Ebenen in ihr wirkten.“

„In den beschließenden Universitätsgremien müsse der Grundsatz gelten, dass keine Gruppe der Universität von irgendeiner Entscheidung ausgeschlossen sein darf.“

„Man müsse eine klare Abgrenzung zwischen der Exekutive und der parlamentarischen Kontrollinstanz herbeiführen“, durch die das parlamentarische Gremium die Möglichkeit der Revision der Entscheidungen habe und die Exekutive weisungsgebunden sein müsse.

„Innerhalb der Universität müssten die universitären Gruppen die Möglichkeit haben, sich zur Wahrung ihrer sozialen Interessen zu Teilkorporationen zusammenzuschließen.“

Quelle: Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Gründungsausschusses und des wissenschaftlichen Beirats für die Universität Bielefeld am 17.06.1968, S. 17f.

Ansicht Schelsky zur „Machtideologie der Studenten“:

Schon „...allein dadurch, dass man die Beziehungen zwischen Professoren und Studenten (und Assistenten) zu einer Auseinandersetzung von „Herrschaftsparteien“ macht, wird eine massive Politisierung der Universität erstrebt, ja ist zum Teil schon durchgesetzt.“

Er akzeptiert die „Versuche einer totalen Politisierung im Sinne einer totalen politischen Weltanschauung anhand der Universität (...) als Sprungbrett und Basis für eine gesamtgesellschaftliche Revolution und für eine Strukturveränderung unserer gesamten staatlichen und sozialen Situation“ nicht.

„Gezielt wird auf eine Herrschaft oder zumindest auf eine Teilnahme an der Herrschaft ohne Verbindlichkeit und Leistungsnachweis: Eine Jugendutopie, die jeder ihrer Vertreter in einem späteren Zeitpunkt widerrufen wird oder zu widerrufen gezwungen ist.“

Auf die Anwendung von Theorien der Politologie und Soziologie als Argumentationsbasis der Studenten reagiert Schelsky mit der Schlussfolgerung: „Man könnte populär sagen. Diese Vorstellungen der Studenten beruhen auf einem missverstandenen Karl Marx und einem halb gelesenen Max Weber.“

Quelle: *Christ und Welt. Deutsche Wochenzeitung*, 14.06.1968, Wer herrscht in der Universität? Studenten und die Autorität der Professoren. Der Kampf der Ideologen.





Während der Grundsteinlegung der Universität Bielefeld am 21. Juni 1968 demonstrierten Studenten gegen die Politik der NRW-Landesregierung und für die Eingliederung der höheren Wirtschaftsschule in den Hochschulbereich.

Fotos: G. Rudolf/Universitätsarchiv Bielefeld.

Studenten sollen ihr Studium mitgestalten

Rektorat muß kritische Überlegungen in Gang bringen

Von Kurt Junghänel

Bielefeld (WB). In der gestrigen Sitzung des Konvents wurde Prorektor Professor Dr. Karl-Peter Grottemeyer als einziger Kandidat für das Amt des Rektors der Universität Bielefeld aufgestellt. Vor seiner Wahl zum neuen

Rektor der Bielefelder Universität nahm er vor dem aus Professoren, Assistenten und Studenten bestehenden Konvent auf Anfrage die Gelegenheit wahr, Aspekte und Voraussetzungen seiner Amtsführung darzulegen.

Als ein fernes Hauptziel nannte er: den in Bielefeld entstehenden Fächer von Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen in Weiterentwicklung mit zukunftsorientierter Realisierung der Strukturmerkmale in gemeinsamer Verantwortung zu einem integrierten Bildungssystem werden zu lassen.

Diese Aufgabenstellung verlange eine Stützung auf alle Gruppen in der Universität. Dazu sei vor allem eine kontinuierliche Information notwendig, die auch den Hintergrund zu erhellen vermöge.

Grottemeyer wies auf die Gefahr hin, daß eine einzelne Gruppe in ihren Interessen aufgehen oder daß die eine Gruppe gegen die andere pauschal und permanent agieren könnte.

Um bei der genannten Zielvorstellung nicht der Täuschung eines großen Schilderwechsels zu unterliegen, werde das Zentralstück der Bielefelder Universitätsarbeit in der Schaffung eines „inneren“ Bandes liegen. Dieses Band müsse durch ein konsequentes und entschlossenes Eingehen auf die Entwicklung und Erprobung der Curricula entstehen. Eine solche Form von Lehrveranstaltung sollte nicht nur auf den Veränderungen in der Struktur der einzelnen Wissenschaften basieren, sondern die Verwendungssituation und die Berufspraxis sowie den eigentlichen Lernprozeß einschließen. Hier sollten alle Fakultäten tätig werden, experimentieren und kritisch überprüfen.

Interdisziplinäres Konzept

Vom interdisziplinären Konzept in Forschung und Lehre sei schon häufig die Rede gewesen. „Ich frage allerdings, in welchem Maße wir dieses Konzept realisieren können, wenn es bislang kaum gelungen ist, zu einer inhaltlichen echten Abstimmung von Lehrveranstaltungen zu kommen.“ Sicherlich trügen der rasante Start der Bielefelder Universität und die damit verbundene notwendige Improvisation Schuld daran.

Ein bloßes Abstimmen auf diesem Sektor genüge allerdings nicht. Es gelte auch hier zu erproben und Erfahrungen zu sammeln. Dazu müsse jedoch selbst die Ausbildungs- und Forschungsplanung zum Gegenstand der Untersuchung werden.

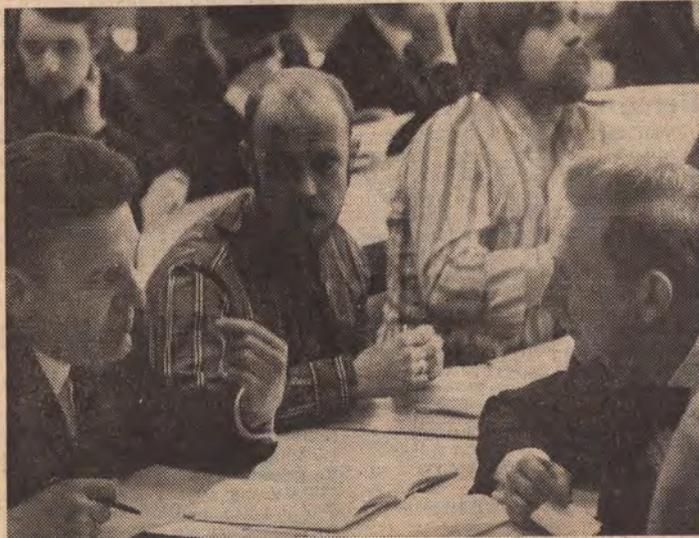
Eingehend auf die Universitäts-Schwerpunkte und deren inhaltliche Beschreibung äußerte sich der neu-gewählte Rektor: „Es ist unser Ziel,

dem Studenten die Möglichkeit zu verschaffen, den eigenen Lernprozeß mit zu organisieren und auf seine Methoden und Ziele zu durchschauen.“

Als wichtigste Aufgabe des Rektorats sah Karl-Peter Grottemeyer es an, gerade solche kritischen Überlegungen in Gang zu bringen. Die universitäre Verwaltung solle nicht um der Verwaltung willen betrieben nachgehen: Was ließ sich verwirk-

werden, sondern der Verwaltung der Wissenschaften dienen.

Rektor Grottemeyer beabsichtigt, die Konzeption für seine Amtsführung zu Beginn des Sommersemesters 1970 dem Konvent und der universitären Öffentlichkeit vorzulegen. Diese Konzeption, auf die sich der jährliche Universitätsbericht zu beziehen habe, werde auch den Fragen lichen? Wo gab es Schwierigkeiten? Was schlug fehl?



Nach der Wahl diskutierte der erste Gründungsrektor, Professor Mestmäcker (rechts), mit dem neu-gewählten Rektor der Bielefelder Universität, Professor Grottemeyer. Fotos: (2): G. Rudolf

Kirchenzeitung: Für Kontakte zum Osten beten

München (dpa). Die „Münchener Katholische Kirchenzeitung“ hat gestern die Gläubigen angerufen, für das Gelingen der gegenwärtigen Bemühungen der Bundesrepublik um Ostkontakte zu beten.

Die unendlich wichtigen und vielfach bedrohten Anstrengungen, Kontakte nach Osten herzu-

stellen, sollten „wir“ nicht nur teilnahmslos beobachten, schreibt die Kirchenzeitung für das Erzbistum München und Freising. Wir sollten selbst etwas tun, „zum Beispiel: Beten“. Hier könnten wir unserem Herrgott „einmal ganz konkret einige Namen und Adressen sagen“, meint die Kirchenzeitung und nennt unter anderem folgendes Gebetsbeispiel: „... daß Du die Bemühungen der Politiker, Gewerkschaftsfunktionäre und Wirtschaftsfachleute, friedliche Übereinkünfte mit den Menschen in östlichen Ländern herzustellen oder zu verbessern, mit deinem Segen begleiten wolltest — wir bitten Dich, erhöhe uns.“

Nach Gründung der Universität förderte besonders das von Universitätsrektor Karl Peter Grottemeyer gepflegte Klima der Kommunikation und konstruktiven Mitarbeit aller Statusgruppen eine wachsende Mitbestimmung der Studenten an der Bielefelder Universität.



Erwartungen und Enttäuschung

Studentische Überlegungen zur Bielefelder Reformuniversität

Von Dirk Ukena, Gründungsbeauftragter der Universität Bielefeld

Die Entwicklungen der westdeutschen Hochschulen und ihr Verhältnis zum außerwissenschaftlichen, insbesondere wirtschaftlichen und staatlichen Bereich, ist in den vergangenen Jahren durch eine nahezu ausschließlich einseitige Annäherung bestimmt.

Die herrschenden Bedürfnisse der Gesellschaft werden im wesentlichen zweifach sichergestellt: Zum einen verläßt die Forschung zunehmend die Universitäten, zum anderen wachsen die Versuche, Einfluß auf die Inhalte der von der Universität vermittelten Ausbildung zu nehmen.

Das letztere hat bedeutet, daß es für die Studenten interessant und wichtig wurde, näher die Gesellschaft und in ihr den herrschenden Teil zu untersuchen. Schließlich muß man in ihr einmal seinen Beruf finden. Nur von hierher ist die Hochschulrevolte der letzten Jahre verständlich.

Auch für die Universität Bielefeld haben sich daraus einige bedeutsame Entwicklungen ergeben. War der Begriff „Reformuniversität“ anfangs auf die Forschungsfunktion der Universität bezogen, findet er jetzt zunehmend Anwendung auf Lehrformen. Hochschul- und wissenschaftsdidaktische Überlegungen werden in Bielefeld eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Die Namen mancher berufenen Assistenten und Professoren scheinen das zu garantieren. Von den Studenten kann das nur begrüßt werden.

Welche konkrete Hoffnungen und Anregungen kann man als Student bei Beginn des Studienbetriebs hegen bzw. geben?

Es wird für die Studenten in Bielefeld entscheidend sein, welche Bedeutung die Dozenten den in den „Empfehlungen des Gründungsausschuß von 1967“ vorgeschlagenen Studiengruppen, beimessen und mit welchem Inhalt sie selbst dies Konzept ausfüllen.

Anfangs als „Betreuungsgruppe“ gedacht, in der ein Professor die Studenten „anleitet“, hat das Aufbrechen der Ausbildungsproblematik und die beginnende Selbstorganisation der Studenten in Basis-, Ad-hoc- und Projektgruppen auch das Bielefelder Studiengruppenkonzept verändert.

Leider geben die Studienpläne der drei beginnenden Fächer hierzu wie zu manchen anderen Fragen wenig Auskunft. Die vom Gründungsausschuß angestrebte fachspezifische Adaption der Empfehlungen blieb aus.

Im Konkreten: Die Idee der Studiengruppen wird in dem Vorschlag der Mathematiker erwähnt, man hat es aber offensichtlich mit seinen Überlegungen nicht weitergebracht als der Gründungsausschuß, dem die Idee einer Großfamilie vorzuschweben schien. Von irgendeinem Stellenwert dieser Einrichtung in der Ausbildung und Forschung der Mathematiker ist wenig zu ahnen.

Bei den Juristen greift man den Vorschlag gar nicht erst auf. Wenigstens angreifen hätte man ihn sollen, wenn man schon nichts davon hält.

Lediglich die Soziologen haben sich in Ansätzen Neues überlegt. Hier sind die Studiengruppen als problemorientierte Gruppen definiert, die sich an bestimmten Themen und Aufgaben orientieren.

Auch in anderen Fragen sind die Reformen der Universität nur halbherzig geblieben. Der von den Studenten als einzig mögliche Begründung für den prinzipiellen Numerus clausus erwartete große Wurf einer Studienreform blieb bisher aus.

Auch hierzu eine Einzelkritik:

- Die von den Studenten schon früh befürchtete Verfestigung der einzelnen Fächer scheint eingetreten zu sein; fachübergreifende Aspekte des Studiums in Lehre und Forschung werden nur ungenügend anerkannt und beachtet.

- Damit hängt die ungenügende Bereitschaft zur Lösung von herrschenden Berufsvorstellungen bzw. Ausbildungsgewohnheiten zusammen.

- So ist es nur folgerichtig, daß die bestehenden Prüfungsordnungen weitgehend beachtet und nicht einmal programmatisch mißachtet wurden. Weitergehende Reformideen wurden somit unmöglich gemacht. Die u. E. notwendige interdisziplinäre Organisation der Studienverläufe konnte so nicht in Angriff genommen werden.

- Statt dessen wird lediglich Hochschuldidaktik im engsten Sinne und keine Wissenschaftsdidaktik getrieben, die sich unter dem Programm der Forschungsbeteiligung der Studenten auch mit der Forschungsorganisation zu beschäftigen hätte, da diese ja ein Teil des Studiums sein soll. Lediglich wiederum bei den Soziologen finden sich hier einige Ansätze.

Zusammengefaßt: Es wird nicht genügend beachtet, daß der Numerus clausus als ein struktureller nur durch das Ausmaß der Reformen, die angestrebt werden, gerechtfertigt werden kann.

Trotzdem besteht noch Hoffnung, daß unter direkter Mitwirkung der Studenten die



Erster Rektor der neuen Bielefelder Universität wurde Prof. Ernst-Joachim Mestmäcker, der zur Zeit bedauerlicherweise an schwerer Krankheit laboriert. Unser Bild zeigt ihn in einer Besprechung mit den Professoren Luhmann und Kaufmann. Links Kanzler Dr. Firnhaber und Öffentlichkeitsbeauftragter Dr. Nieraad

Studienpläne sich noch in Richtung ihrer Vorschläge verändern lassen. Insbesondere das erfolgreiche Experiment einer Organisation über Studiengruppen könnte ein Modell dafür abgeben, daß große Studentenzahlen durch ein die Selbstorganisation förderndes Studienverhalten durchaus von den bestehenden Hochschulen zahlenmäßig zu verkraften sind. Der Mut zu Experimenten muß von der Universität verlangt werden, soll das Instrument des Numerus clausus nicht zu einer bequemen Rechtfertigung der bestehenden Strukturen werden.

Ein erfolgreich verlaufendes Experiment würde dann noch nachträglich die Bestätigung der Richtigkeit der Einführung des Numerus clausus erbringen. Der kurzfristige Bielefelder Numerus clausus könnte dann

langfristige Zulassungsbeschränkungen verhindern.

Insbesondere die ostwestfälische Öffentlichkeit wird aufgefordert, den Numerus clausus nur als kurzfristige Lösung zuzulassen. Ähnlich wie die Universität Bochum gibt sich auch die Bielefelder Universität die Möglichkeit, die hier vorhandenen Bildungsreserven aufzuschließen – ein fürchterlicher Ausdruck für eine richtige Politik – und den Anteil der Kinder von Lohnabhängigen zu erhöhen. Die oftmals nachgewiesene klassenspezifische Auslesefunktion des Numerus clausus würde gerade die sozial Schwachen treffen und die ihnen mit der Universität Bielefeld gegebenen Möglichkeiten versperren.

Diese Ausführungen sollen das Schwerkewicht andeuten, mit dem die Bielefelder

Studenten in ihren Fachbereichen arbeiten. Die Bilanz der Planungsarbeit mag etwas trübe aussehen. So sei zum Abschluß noch lobend auf die insbesondere letzte Phase der Bauplanung von seiten der Universität eingegangen. Wissenschaftliche Methode hat hoffentlich endgültig Eingang in die Planungsgremien der Universität gefunden. Daß das Ergebnis der inneruniversitär offenen Diskussion die einstimmige Favorisierung des von den Studenten schon früh empfohlenen Modells erbrachte, erfreut natürlich, erscheint aber weniger wichtig als die praktizierte Methode.

Die Studenten würden gerne sehen, wenn sich diese Ansätze weiter ausbauen ließen. Möge die Universität Bielefeld insbesondere in dieser Hinsicht sich schnell entwickeln.

Links und Oben: In der *Neuen Westfälischen* zog Dirk Ukena, Beauftragter der Vereinigten Deutschen Studentenschaften für die Gründung der Universität Bielefeld und zeitweise Mitglied des Gründungsausschusses der Universität, trotz aller Kritik ein positives Bild der Universitätsgründung aus studentischer Sicht.

Quelle: *Neue Westfälische*, 15.11.1969.

Gründungsaußschuß der Universität bedauert den Auszug der Studenten

Doch noch Hoffnung auf Mitarbeit – Stellungnahme von Prof. Mestmäcker

Bielefeld. Der Rektor der Universität Bielefeld, Professor Dr. Ernst-Joachim Mestmäcker, gab gestern eine Stellungnahme zu dem Auszug der Studentenvertreter aus dem Gründungsaußschuß der Bielefelder Universität ab. Wenn dies tudentischen Vertreter im wesentlichen ihren Auszug damit begründen, daß bei einem Verhältnis von 13 Professoren und einem Studenten "eine angemessene Mitwirkung der Studenten an der Beratung und Beschlußfassung in diesem Gremium nicht gewährleistet" sei, so müsse dazu festgestellt werden, daß „der Antrag der Studenten auf Erhöhung der Beteiligungsquote im Gründungsaußschuß auf 25 Prozent gegen die von den Studenten mitdiskutierte und verabschiedete Satzung verstößt“. Professor Dr. Mestmäcker schreibt:

Quelle: *Neue Westfälische*, 9.7.1969.

Links: Die Studenten forderten die Drittelparität als Prinzip der Gleichberechtigung, die Öffentlichkeit der Gremien, die Verankerung von Urabstimmungen in der Hochschulverfassung und die Mitbestimmung über die Verwertung, den Inhalt und die Methoden von Forschung und Lehre. Trotz vieler Mängel stimmte der Verband deutscher Studentenschaften dem Verfassungsentwurf für die Universität Bielefeld als Chance für eine demokratische Hochschule zu.

Quelle: *Neue Westfälische*, 3. März 1969, Ukena, Dirk. Sprecher des VDS für Bielefeld

